

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28624

Erhebt sich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Demgegenüber bei  
Einschaltung monatlich 4 Mk., durch unsere Mitarbeiter zugetragen in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande  
4.50 Mk., durch die Post bezogen monatlich 3.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postentnahmen und Posten sowie  
unserer Anzeigen und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg, oder  
sonstiger Verhältnisse kann bei der Zeitung kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Zeitungsbreite 1 Mt. für die halbjährige Ausgabe über den Raum, Leipzig. Pfa., Nummern 2.50 Mt.  
Bei Bestellung und Lieferungsbedingungen einzureichen. Bestimmungen in amtlicher Zeit für von  
Zeitung für die halbjährige Ausgabe 3 Mt., Nachzahlungsbetrag zu Pfa. Anzeigennummern für den Tag  
zu 1 Mt. für die halbjährige Ausgabe über den Raum, Leipzig. Pfa., Nummern 2.50 Mt. über den  
Raum, Leipzig. Pfa., Nummern 2.50 Mt. über den Raum, Leipzig. Pfa., Nummern 2.50 Mt.

Erscheint seit dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt  
Verleger und Drucker: Arthur Fischauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Fischauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 131.

Mittwoch den 8. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die zweite Rate auf die Goldmark ist in Höhe von fünfzig Millionen Goldmark der Federal-Reserve-Bank in New York überwiesen worden.
- \* Die der deutschen Regierung gewährte Frist zum Umbau der Dieselmotoren ist bis zum 30. September d. J. verlängert worden.
- \* Der englische General Hennessey hatte eine Zusammenkunft mit General Hoerster, dem Befehlshaber des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien.
- \* In Paris verlautet, Lloyd George werde verlangen, daß die nächste Tagung des Obersten Rates in London und nicht in Voulgogne stattfinden soll.
- \* Lloyd George leidet an Fieberfrost. Der Arzt hat ihm einige Tage Ruhe verordnet.
- \* Nach einer Meldung aus Buenos Aires entbehrt die aus nordamerikanischen Kreisen kommende Nachricht, die südamerikanischen Länder hätten die Absicht, den Völkerbund zu verlassen, jeder Grundlage.

## Ein Fortschritt?

Den ausführenden Organen der Siegerstaaten scheint vor ihrer bisher unbekannt in Anspruch genommenen Gesamtheit langsam doch etwas bange zu werden. Die sogenannte Reparationskommission stellt nach dem Willen der Entente-Regierungen in allen Entscheidungssachen die höchste Instanz dar. Hinter sie konnte sich jederzeit zurückziehen, wer, sei es in Paris, sei es in London, in einer heissen und verantwortungsvollen Lage einer eigenen Entscheidung ausweichen wollte. Ihr wurden alle Dienste zugewiesen, für die andere Leute ihre Namen nicht hergeben mochten, und Deutschland namentlich wußte von vornherein, daß auch die beste Sache, die es vertrat, verloren war, wenn die Entscheidung darüber der Reparationskommission überlassen wurde. Jetzt aber kommt eben diese hochausgezeichnete Körperlichkeit und läßt den alliierten Regierungen durch Vermittlung der Vorkonferenz den Vorschlag unterbreiten, daß, falls über eine der Klauseln des Artikels 8, Absatz 2 eine Auslegungsschwierigkeit entsteht, die Kommission berechtigt sein solle, diesen Streitfall dem Schiedsgericht eines Neutralen zu unterbreiten. Und auch der Fall, daß über die Wahl des neutralen Schiedsrichters keine Einigung zustande zu bringen sei, wird bereits vorsorglich ins Auge gefaßt; dann soll schon heute das Schiedsgericht dem ehemaligen schweizerischen Bundespräsidenten A. Bor übertragen werden. Ein merkwürdiger, unter allen Umständen ein auffälliger Vorschlag.

Das innerhalb der Reparationskommission Meinungsverschiedenheiten nicht zu den Seltenheiten gehören, war allerdings schon längere Zeit ein offenes Geheimnis. Die englischen Vertreter insbesondere waren in manchen Fällen nur schwer mit den übrigen Mitgliedern der Kommission unter einem Hut zu bringen. Es gab Meinungsverschiedenheiten und Konflikte, die schließlich auch eine scharfe persönliche Antipathie erweckten. Man suchte durch Auswechslung bestimmter Mitglieder zu helfen, sich aber danach immer wieder auf den gleichen Gegenstand der Interessen, der den Meinungen zugrunde lag, und mußte insolge dessen, wenn nicht die ganze Einrichtung in die Luft fliegen sollte, nach einem Ausweg aus der Sackgasse suchen. Man weiß keinen anderen als die Annahme eines neutralen Schiedsrichters. Damit wird, wie sofort von einem Pariser Blatt eingeschrieben wird, der Boden des Versailler Vertrages verlassen, denn dieser läßt nur in Formfragen, nicht aber bei tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten ein schiedsrichterliches Verfahren zu. Sachliche Meinungsverschiedenheiten würde es, so war bei Abschluß des Friedensvertrages nach der Meinung im Entente-Lager, unter treuen Alliierten und Alliierten nicht geben, und sollten sie wider Erwarten doch einmal vorkommen, so würden sie durch direkte Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen unserer zu schlichten sein. Zwei Jahre haben genügt, um auch in dieser Beziehung die Undurchführbarkeit des Versailler Vertrages zu erweisen. Auf Schritt und Tritt drängen sich, je länger die Zeit fortschreitet, die materiellen Interessensgegenstände zwischen England und Frankreich in den Vordergrund. Es ist unabweislich, daß sie schließlich auch die Spitzendebatte der Reparationskommission sprengen müssen. Man herrt und merkt sich, solange, wie es irgend geht, gegen das Eingeständnis, daß selbst die Wilsdruffer Oberbehörde im Weltkrieg nicht hinreichte, um eine einseitige Lösung für alle durch ihn ins Rollen gekommene Fragen der Politik zu finden. Aber die Macht der Phrasen, mit denen man vor und im Kreise Bundesgenossen über Bundesgenossen zu werben wußte, ist erloschen, die nächste Wirklichkeit läßt sich nicht länger bergewaltigen. Wie oft hat nicht die deutsche Regierung in den aufsteigenden Kämpfen um die Auslegung des Friedensvertrages, um die Aufhebung von Schadensforderungen, um die Berechnung von Leistungen als einzig gerechtes Ausnahmismittel ein Schiedsgericht gefordert, ohne jemals damit bei den Machthabern der Entente Gehör zu finden. Kaum, daß sie überhaupt in solchen Fällen einer Antwort gewürdigt wurde. Jetzt müssen die Alliierten selber sich nicht mehr anders zu helfen, als daß sie für Meinungsverschiedenheiten, die unter ihnen hervortreten, ein ausländisches Schiedsgericht vorschlagen. Damit ist natürlich noch lange nicht gesagt, daß sie den gleichen Weg für Streitigkeiten zwischen ihnen und der deutschen Regierung zulassen würden. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß in solchen Fällen sich einflußreichen immer noch unsere Gegner zusammenschließen, daß sie lieber Unvollkommenheiten und Ungerechtigkeiten mit in Kauf nehmen, ehe sie den unterlegenen Völkern das Recht auf Anrufung einer außerhalb der Entente zu wählenden Instanz einräumen. Hat aber erst einmal der Gedanke des Schiedsgerichtes im Gesamtbereich des Versailler Vertrages Eingang gehalten, dann kann niemand dafür einstehen, daß er nicht doch die ursprünglich festgehaltene enge Grenzen mit der Zeit überschreitet. Möglich, daß diese „Gefahr“ — andere Leute würden sagen: diese Möglichkeit eines Fortschritts — dazu beiträgt, den Vorschlag der Reparationskommission scheitern zu lassen. Die Regierungen hätten dann nur die Pflicht, eine andere Lösung ausfindig zu machen. Man darf aber annehmen, daß schon die Reparationskommission jede andere Lösung, wenn sie zu haben gewesen wäre, dem Schiedsgericht vorgezogen hätte. Bliebe also nur die Möglichkeit der Dauerverschleppung von Streitigkeiten, die sich auf regulärem Wege nicht beilegen lassen. Etwa wie jetzt mit der obersten Instanz in Frage verfahren wird. Man braucht dieses Beispiel aber nur zu nennen, um die abschreckende Wirkung, die von ihm ausgeht, genügend zu kennzeichnen. Wird also nicht schließlich doch eine Revision des Versailler Vertrages stattfinden müssen, so sehr seine Säulen sich auch gegen sie sträuben?

## Das polnische Kriegstheater.

Aber greifen auf die Provinz Posen.  
Die Zustände in Oberschlesien sind noch genau so hoffnungslos wie zuvor. Sie werden sogar noch hoffnungsloser durch die neuen Meldungen, die darauf hindeuten, daß Lloyd George die Pläne ins Korn geworfen hat. Er schien erst, als wollte er diesmal wirklich für Ordnung und Gerechtigkeit eintreten und sich gegen die französischen Treibereien stark machen. Jetzt verlautet, daß er — krank ist! Überarbeitung, Schüttelfrost, Schöpfung, unbedingt. Ruhe. Das heißt mit anderen Worten, er sieht ein, daß er über den Köpfen herbeieilt ist, und fällt wieder einmal um, wie er bisher stets umgefallen ist. Durch die Annahme des französischen Vorschlags, eine sogenannte Kommission von Sachverständigen nach Oberschlesien zu schicken, hat er der französischen Obstruktion lediglich in die Hände gearbeitet. Die Polen tun nach wie vor, was sie wollen, die deutsche Gegenpartei wird verhindert, die Franzosen lagern, und die Engländer, die den Korren herausziehen sollten, spielen eine lässliche Rolle. Was bleibt da Lloyd George weiter übrig, als krank zu werden? Auch der italienische Minister Graf Forza, der sich um die Lösung bemüht hat, wenn man auch nicht genau weiß, was eigentlich wollte, soll wackeln, man nennt schon seinen Nachfolger, Demartino, den bisherigen Botschafter in London. Also Abbau auf der ganzen Linie. Das neue Ding verbreitet wird, Lloyd George wüßte die bewußte Konferenz von Voulgogne nach London verlegt, daß es in die ganze Situation. Man wird dem „ranken“ Lloyd George diesen Gefallen gern tun.

Aus London wird gebracht: Tagtäglich werden zahlreiche sowohl schriftliche als auch mündliche Mitteilungen zwischen Briand und dem britischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge, ausgetauscht, jedoch ohne augenscheinliches Ergebnis und ohne Aussicht auf baldiges Einvernehmen. Entente-Ultimatum an General Hoerster.

Anlässlich des Vorsitzes des deutschen Selbstschutzes gegen Raudzin, welches genommen wurde, hat die Interalliierte Kommission an General Hoerster ein Ultimatum gerichtet, in dem sie ein Zurückgehen auf Bescheid. Dolm verlangt; dafür werde die J. A. A. den Polen unterliegen, die von ihnen geträumten Orte wieder zu besetzen. Eventuell werden Gegenmaßnahmen angedroht. General Hoerster hat das Verlangen der J. A. A. als unausführbar abgelehnt. Er weist auf die Folgen hin, die unausweichlich wären, appelliert an das soldatische Gewissen und beweißt, daß die preisgegebenen Orte geschäftlich bleiben. General Hoerster hatte darauf eine Zusammenkunft mit dem englischen General Hennessey.

Feindliche Brüder.  
Aus Eppeln meldet die „Chicago Tribune“: Die Feindschaft zwischen Engländern und Italienern auf der einen Seite und den Franzosen auf der anderen ist während der letzten Wochen im Zunehmen begriffen. Die französischen Berichte melden nach Paris, daß die Deutschen den Kampf in Schiffschinow eingeleitet hätten. Die Vertreter der übrigen alliierten Mächte erklärten diesen Vorfall als unwahr. Sie behaupteten, daß die Kämpfe fortzudauern, weil die polnischen Insurgenten alle Anforderungen machten, um die Höhe Annaberg wieder zu erreichen. Um die Feindschaften einzulösen zu können, machten die Engländer den Antrag, die Stellung in Groß-Strechly einzunehmen, die damals in den Händen der Feindlichen war. Die Deutschen räumten daraufhin sofort zwei kleine Dörfer und ein englisches Bataillon nahm ihre Stellung ein.

Die englischen Soldaten arbeiteten mit den Deutschen zusammen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Als die Interalliierte Kommission den englischen Truppen gestattete, diesen Punkt zu besetzen, mußten sich die Franzosen zurückziehen.

Das aber erzeugte bei ihnen den Verdacht, daß England gegen die Polen entscheiden wolle. Der englische General Hennessey, der als einer der strengsten englischen Generale bekannt ist, ist in Eppeln eingetroffen. Er berief sofort eine Konferenz aller hohen britischen Offiziere ein, um mit ihnen die militärischen Pläne zu erörtern, die bereits die Wälgung der Londoner Regierung gefunden haben. Sie wenden sich scharf gegen den Aufstand Koriantos, während die Polen, die bisher die interalliierte Politik leiteten, den Polen geschlossen zu haben scheinen.

Koriant selbst erklärte übrigens, daß Lloyd George machen könne, was er wolle, er (Koriant) sei seines Sieges sicher.

In den Industriegebieten herrscht übrigens vollständige Disziplinlosigkeit unter den polnischen Insurgenten. Sie üben besonders in Hindenburg eine unumschränkte polnische Wälgungsherrschaft. Die Franzosen tun nach wie vor nichts, sehen dem polnischen Wälgungsterror tatenlos zu und dulden es, daß die Herden Koriant's tagtäglich verhaftete misshandeln und Lösegelder erpressen.

Die Klobnizbrücke bei Slowenitz ist gelbrenat worden. Beim Übergang des deutschen Selbstschutzes über die Brücke stürzte ein noch lebender Mann Weiser ein und forderte 8 Tote und 17 Verwundete auf deutscher Seite.

Eine neuere Meldung lautet: Die Kampfhandlungen an der von den Aufständischen gehaltenen Linie in den Kreisen Groß-Strechly und Cosel sind zum Stillstand gekommen. Die von den Insurgenten gehaltene Linie verläuft nunmehr in den Kreisen Groß-Strechly und Cosel von Cosel-Oberhofen über Klobniz-Kandryn-Bahnhof Stamentzitz-Ort, Slowenitz-Herdinandshof-Schönow-Rastkow. Im Kreise Rastkow wurde von den Insurgenten die Schönowiger Brücke gesprengt und in Brand gesetzt. Im übrigen ist die Lage unverändert.

## Krawalle in Posen.

In der früher preussischen Provinz Posen sangen jetzt die Polen an, zugunsten ihrer Brüder zu demonstrieren, und zwar auf polnische Art. In Ostrowo fanden Straßendemonstrationen gegen die Deutschen statt. Viele Deutsche wurden schwer misshandelt, deutsche Geschäfte und Wohnungen geplündert. Von der polnischen Arbeitererschaft wurde die Entlassung aller deutschen Arbeiter der Waggonfabrik erzwungen, und der deutschen Bevölkerung wurde mit weiteren Plünderungen gedroht, wenn sie nicht sofort auswandere. Die Polizei erwies sich als machtlos; erst abends wurde die Ruhe durch Militär wieder hergestellt. Es scheint, daß die Ereignisse in Ostrowo die Vorbote einer größeren Bewegung gegen die Deutschen sind.

## Die Entwaffnung in Bayern.

Bis zum 30. Juni.

München, 6. Juni.  
Der Landeskommissar für Entwaffnung der Zivilbevölkerung erläßt eine Bekanntmachung betr. die Waffenabgabe der Einwohnerwehr.

Danach muß bis zum 18. Juni auf Grund des Ultimatum der Entente die Ablieferung der Gewehre und Maschinengewehre der Selbstschutzorganisationen, bis zum 30. Juni ferner die Ablieferung sämtlicher übrigen Waffen, die unter das Entwaffnungsgesetz fallen, sowie der übrigen Munition der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin amtlich angelegt sein.

Die bayerische Einwohnerwehr beschloß, die Entwaffnung freiwillig durchzuführen und die Ablieferung an die Reichstreuhandgesellschaft so rechtzeitig erfolgen zu lassen, daß die von der Interalliierten Militärkontrollkommission vorgeschriebenen Fristen gewahrt werden können. In die Mitglieder der bayerischen Einwohnerwehren ergoht die Aufforderung, die in ihrer Hand befindlichen, auf Grund des Entwaffnungsgesetzes abzuliefernden Militärwaffen nebst Munition nach Maßgabe der von der Leitung der Einwohnerwehren bereits bekanntgegebenen näheren Bestimmungen an ihre Organisation unverzüglich einzuliefern. Nichtbefolgung der Anordnung wird gemäß Paragraph 13 des Entwaffnungsgesetzes bestraft.

## Politische Rundschau Deutsches Reich.

Die zweite Ratenzahlung an die Entente.  
Der Reparationskommission sind am 31. Mai als zweite Rate auf die eine Milliarde Goldmark 50 Millionen Goldmark angeboten worden. Diese 50 Millionen Goldmark sind nunmehr in gleicher Weise wie die erste Rate von 150 Millionen Goldmark der Federal-Reserve Bank in New York in Dollar überwiesen worden.